WIRTSCHAFTSRAT Deutschland



Sektion Oldenburg/Wilhelmshaven:

Tempo. Flächen. Fachkräfte.

Der Fahrplan für wirtschaftsstarke Kommunen

Forderungspapier der Wirtschaft zur Kommunalwahl in Niedersachsen

Wirtschaftsrat der CDU e.V. I Landesverband Niedersachsen
Die Stimme der sozialen Marktwirtschaft

24. August 2026

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Niedersachsen
Schiffgraben 20
30159 Hannover
Telefon: 0511 / 75 15 56
E-Mail: lv-nds@wirtschaftsrat.de

Präambel

Die kommunale Ebene entscheidet in Niedersachsen stärker über wirtschaftlichen Erfolg, als oft angenommen wird: Genehmigungsdauer, Flächenverfügbarkeit, Verkehrserschließung, Kinderbetreuung, Wohnraum, Energieinfrastruktur und Wirtschaftsförderung werden wesentlich vor Ort gestaltet. Die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern benennen für die Kommunalwahl 2026 genau diese Felder als zentrale Stellschrauben für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Beschäftigung.

Gerade die Region **Oldenburg/Wilhelmshaven** zeigt exemplarisch, worum es geht: Oldenburg wächst als Wissenschafts-, Dienstleistungs- und Innovationsstandort, Wilhelmshaven entwickelt sich zugleich zu einem zentralen Energie-, Hafen- und Logistikstandort Deutschlands. Beide Räume brauchen Kommunen, die gestalten statt blockieren: mit schnelleren Planungsverfahren, einer vorausschauenden Flächenpolitik und einem partnerschaftlichen Verhältnis zur Wirtschaft.

Dieses Papier bündelt die Erwartungen der Unternehmen an eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik in Niedersachsen – mit konkretem niedersächsischem Bezug und mit Beispielen aus der Praxis.

Als Wirtschaftrat der CDU – Sektion Oldenburg/Wilhelmshaven sehen wir erste gute Ansätze in der Region, allerdings braucht es nach der nächsten Kommunalwahl einen klaren, konsequenten Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Oldenburg/Wilhelmshaven.

Die Wirtschaft steht an der Seite der Kommunen und betont dies nicht nur in Zeiten des Wahlkampfs. Am Ende müssen Wirtschaft und Politik Hand in Hand an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes arbeiten.

In der Sektion Oldenburg/Wilhelmshaven zeigen wir exemplarisch, wie diese Zukunftsfähigkeit aussehen kann.

1.) Schnellere und digitale Verwaltung

Ausgangslage

Lange Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren bremsen Investitionen, Ansiedlungen und Erweiterungen. Es braucht deshalb ausdrücklich beschleunigte Genehmigungen, digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und ein regelmäßiges Bürokratie-Monitoring. Auch das Land Niedersachsen betont in seiner Strategie „Digitale Verwaltung 2030“, dass Unternehmen zu Recht schnelle, effiziente und durchgängig digitale Verfahren erwarten können.

Forderungen an die Kommunen

- **Verbindliche Bearbeitungsfristen** für Bauanträge, Gewerbeanmeldungen und immissionsschutzrechtliche Verfahren.
- **One-Stop-Shops für Unternehmen:** ein zentraler Ansprechpartner je Vorhaben, statt Zuständigkeitsketten durch mehrere Ämter.
- **Vollständig digitale, medienbruchfreie Verfahren** – von Antragstellung über Nachreichungen bis zur Statusverfolgung.
- **Unternehmensfreundliche Verfahrensbegleitung** durch digitale Trackingsysteme und feste Rückmeldezeitpunkte.
- **Verbindliches Behördenbenchmarking** anstelle eines pauschalen Aufwuchses von Personal; auch der Einsatz von KI soll verpflichtend geprüft werden.
- **Behörden- und ebenenübergreifende Betrachtung von personellen Ressourcen.**

Praxisbezug Niedersachsen Region

Oldenburg hat mit einer Digitalisierungsstrategie, einem Umsetzungsplan bis 2027 und seit 2026 mit einem **Amt für digitale Transformation** Strukturen geschaffen, um Prozesse zu bündeln und zu beschleunigen. Das ist ein guter Ansatz – entscheidend ist nun, dass daraus messbar schnellere Verfahren für Unternehmen resultieren.

Kernbotschaft

Unternehmen brauchen keine zusätzliche Verfahrensliteratur, sondern **Tempo, Transparenz und Verantwortlichkeit.**

2.) Verlässliche und schnelle Flächenbereitstellung

Ausgangslage

Lange Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren bremsen Investitionen, Ansiedlungen und Erweiterungen. Es braucht deshalb ausdrücklich beschleunigte Genehmigungen, digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und ein regelmäßiges Bürokratie-Monitoring. Auch das Land Niedersachsen betont in seiner Strategie „Digitale Verwaltung 2030“, dass Unternehmen zu Recht schnelle, effiziente und durchgängig digitale Verfahren erwarten können.

Forderungen an die Kommunen

- **Vorausschauende Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen** auf Basis echter Bedarfsanalysen; hierzu wird empfohlen, mindestens alle zwei Jahre eine Bedarfsanalyse in den jeweiligen Kommunen durchzuführen.
- **Beschleunigung von Bauleitplanverfahren** durch frühzeitige Fachabstimmung und straffe Projektsteuerung.
- **Revitalisierung brachliegender Flächen**, Konversionsflächen und Nachverdichtung vor Neuversiegelung, wo möglich.
- **Interkommunale Flächenentwicklung** statt kleinteiligem Standortwettbewerb zwischen Nachbarkommunen unter Einbeziehung örtlicher Unternehmen, der Kammern sowie der Wirtschaftsförderungen.
- **Klare Priorisierung bei Netzanschlüssen** mit einem klaren Bekenntnis für die Wirtschaft; es braucht bundesweit einheitliche Kriterien mit einer Bevorzugung von Industrie und Wirtschaft vor unreifen Batteriespeicherprojekten.

Praxisbezug Niedersachsen Region

Oldenburg weist selbst darauf hin, dass die Stadt **neue Gewerbeflächen benötigt** und vermarktet bestehende Angebote über das Kommunale Standort-Informationssystem Niedersachsens (KomSIS). Parallel entwickelt die Stadt mit dem ehemaligen Fliegerhorst eine bedeutende Konversionsfläche weiter. Wilhelmshaven wiederum wirbt aktiv mit gut erschlossenen Gewerbe- und Industrieflächen, insbesondere mit Blick auf Hafen, Energie und Logistik.

Kernbotschaft

Unternehmen investieren dort, wo Flächen **planbar, erschlossen und rechtssicher verfügbar** sind**.**

3.) Leistungsfähige Infrastruktur

Ausgangslage

Wettbewerbsfähigkeit setzt voraus, dass Straßen, Brücken, Häfen, Schienen, digitale Netze und die Energieinfrastruktur funktionieren. Die Kammern identifizieren die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sowie den Ausbau von Energie- und Digitalinfrastruktur ausdrücklich und zutreffend als kommunalpolitische Schlüsselthemen. Gleichzeitig weist das Land mit dem Programm „Niedersachsen kann Zukunft“ erhebliche Mittel für kommunale Infrastruktur, ÖPNV, Digitalisierung und Energieprojekte aus.

Forderungen an die Kommunen

- **Erhalt und Ausbau von Straßen, Brücken und Logistikachsen** mit klarer Priorisierung wirtschaftsrelevanter Verbindungen; es braucht ein klares Bekenntnis zur A20, ohne hierbei regelmäßig das Gesamtprojekt oder Teilabschnitte infrage zu stellen.
- **Eine redundante Bahninfrastruktur**, damit Güter auch verlässlich und resilient geliefert werden können. Die Bahnstrecke von Nordenham nach Bremen ist hierbei exemplarisch: Hier fordern wir einen regelmäßigen Bahn- und Infrastrukturgipfel aller norddeutschen Kommunen nach dem Beispiel der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer.
- **Unterstützung des Gigabit- und 5G-Ausbaus**, insbesondere in Gewerbegebieten sowie entlang der Hauptverkehrsachsen (z.B. A28 von Emden/Leer nach Oldenburg) und der Wohngebiete, um attraktive Homeoffice-Möglichkeiten zu schaffen.
- **Schnelle Flächen- und Planungsentscheidungen für Energieprojekte** wie Umspannwerke, Netzverknüpfungspunkte, Wärmenetze oder Wasserstoffinfrastruktur; Arealnetze für einzelne Gewerbegebiete sollen stärker in den Fokus kommen, sodass das öffentliche Netz bis zum Netzanschlusspunkt beliefern und im Gebiet selbst die Versorgung koordiniert und zielgerichtet vonstattengeht.
- **Attraktive und verlässliche Mobilitätsangebote für Beschäftigte**, auch in Randlagen und interkommunal; gezielter und zusätzlicher Ausbau der ÖPNV-Angebote während der Arbeitszeiten sowie innovative Angebote (z.B. Mitfahrbörse).

Praxisbezug Niedersachsen Region

Wilhelmshaven ist das niedersächsische Musterbeispiel dafür, wie kommunale und regionale Infrastruktur Standortentwicklung auslösen kann: Tiefwasserhafen, LNG-Terminal, Pipelineanschlüsse, Speicheranbindung und die Perspektive auf Wasserstoff-, Ammoniak- und CO_2-Infrastruktur machen die Stadt zu einer zentralen Energie- und Logistikdrehscheibe. Niedersachsen Ports investiert 2026 rund 25 Millionen Euro in die Weiterentwicklung des Hafens.

Beim digitalen Ausbau zeigt Niedersachsen insgesamt Fortschritte: Laut Mobilfunkdarstellung des Breitbandzentrums Niedersachsen-Bremen lag die 5G-Flächenversorgung 2025 in Niedersachsen bei über 96 Prozent. Gleichzeitig bestehen weiter Unterschiede zwischen Regionen und insbesondere in einzelnen Gewerbegebieten. Genau hier müssen Kommunen aktiver werden.

Kernbotschaft

Ohne leistungsfähige Infrastruktur gibt es keine Transformation, keine Ansiedlung und kein nachhaltiges Wachstum.

4.) Planungs- und Investitionssicherheit

Ausgangslage

Unternehmen investieren in langen Zyklen. Unsicherheit entsteht dort, wo kommunale Entscheidungen uneinheitlich sind, Projekte politisch wieder in Frage gestellt werden oder Beteiligungsprozesse zu spät beginnen. Der Wirtschaftsrat der CDU – Sektion Oldenburg/Wilhelmshaven fordert daher verlässliche Rahmenbedingungen und transparente Entscheidungsprozesse.

Forderungen an die Kommunen

- **Klare, frühzeitig kommunizierte Entscheidungswege** bei Projekten mit wirtschaftlicher Relevanz.
- **Keine kurzfristigen politischen Kurswechsel** bei laufenden Ansiedlungs-, Bau- oder Infrastrukturprojekten.
- **Frühzeitige Einbindung von Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsförderungen** bei der Erschließung neuer Gewerbegebiete, aber auch bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen.
- **Planung mit Zeithorizont**: Kommunen müssen Flächen-, Mobilitäts- und Energiefragen zehn bis fünfzehn Jahre vorausdenken.

Praxisbezug Niedersachen/Region

Die Entwicklung des **Energy Hub Wilhelmshaven** zeigt beispielhaft: Großprojekte im Bereich Energie und Industrie brauchen frühzeitig politische Rückendeckung, verlässliche Planungsgrundlagen und zügige Abstimmung zwischen Kommune, Land, Unternehmen und Infrastrukturträgern. Wo dies gelingt, entstehen neue Wertschöpfung, Fachkräfteperspektiven und Folgeinvestitionen.

Kernbotschaft

Investitionen brauchen nicht nur gute Ideen, sondern vor allem **Verlässlichkeit**.

5.) Moderate Steuern und Abgaben

Ausgangslage

Kommunale Haushalte stehen unter Druck. Gleichzeitig dürfen Kommunen ihre Finanzprobleme nicht einseitig über Unternehmen kompensieren. Auch die Debatte zur Kommunalwahl zeigt, wie angespannt die Finanzlage und der Investitionsstau vieler Kommunen sind. Der Wirtschaftsrat fordert daher ausdrücklich, Steuererhöhungen zu vermeiden.

Forderungen an die Kommunen

- **Keine weiteren Erhöhungen der Gewerbesteuer.**
- **Transparenz bei Gebühren, Beiträgen und Satzungen**, damit Unternehmen Belastungen verlässlich kalkulieren können; hier fordern wir einen frei zugänglichen Kalkulator, um bei Erweiterungen oder Ansiedlungen im Vorfeld alle Kostenpositionen im Blick zu behalten.
- **Effizienz vor Belastung:** Erst Prozesse modernisieren und Prioritäten setzen, dann über höhere Abgaben sprechen.
- **Wirtschaftsverträgliche Ausgestaltung kommunaler Regelwerke**, insbesondere bei Stellplatzsatzungen, Sondernutzungen oder Auflagen. Auch hier ist eine frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Akteure wichtig, um die langfristigen Entwicklungen der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre fundiert zu berücksichtigen.

Kernbotschaft

Wettbewerbsfähige Standorte entstehen nicht durch neue Lasten, sondern durch **kluge Prioritätensetzung.**

6.) Fachkräfte sichern und gewinnen

Ausgangslage

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Wachstumsbremsen in Niedersachsen. Hierbei sind bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, gute Berufsschulen, duale Ausbildung und schnellere Integration internationaler Fachkräfte zentrale Hebel. Das Land stärkt Kommunen ab 2026 zusätzlich bei den Personalkosten der beitragsfreien Kita.

Forderungen an die Kommunen

- **Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagsangeboten**, auch mit erweiterten Randzeiten für Schicht- und Gesundheitsberufe; gerade in Gewerbegebieten kann es zu einer sinnvollen Ansiedlungspolitik beitragen, den frühzeitigen Berufseinstieg nach der Geburt zu ermöglichen.
- **Aktive Wohnraumstrategien** für Fachkräfte, Auszubildende und junge Familien: Es braucht eine gezielte Bevorratung gezielt für solche Fachkräfte z.B. über ein lokal unterstütztes Netzwerk der Bauunternehmen und Immobilienmakler.
- **Unterstützung internationaler Fachkräfte** durch pragmatische Willkommens- und Integrationsstrukturen mit Lotsen der Kommunen, die die internationalen Fachkräfte bis zu einem Jahr nach Berufstätigkeit unterstützen.
- **Pragmatische Anerkennung internationaler Qualifikationen** (bspw. durch Nachweis im Unternehmen) anstelle eines pauschalen Formalismus; die Zusammenarbeit mit den Kammern ist in diesem Fall ebenfalls anzustreben.
- **Stärkung der dualen Ausbildung** durch moderne Berufsschulen, Berufsorientierung und bezahlbare Mobilität.

Praxisbezug Niedersachen/Region

In Wilhelmshaven wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Fachkräftesicherung besonders sichtbar: Der Energy Hub verbindet neue Wirtschafts- und Energieprojekte eng mit Ausbildungs- und Weiterbildungsstrukturen in der Region. Oldenburg setzt zugleich auf Fachkräftesicherung über Standortmarketing, Hochschulkooperationen und Unternehmensservice.

Kernbotschaft

Fachkräfte kommen nicht allein wegen eines Arbeitsplatzes – sie bleiben, wenn **Betreuung, Wohnen, Mobilität und Perspektive** stimmen.

7.) Praktische Klimapolitik ermöglichen

Ausgangslage

Unternehmen stehen zur Transformation, scheitern aber in der Praxis häufig an langwierigen Genehmigungen, fehlenden Netzen oder mangelnder kommunaler Koordination. Daher braucht es schnellere Verfahren für Energie- und Infrastrukturprojekte sowie technologieoffene Lösungen. Niedersachsen legt zugleich mit seinem Investitionspaket einen Schwerpunkt auf Energieeffizienz, Wärmewende und Energieinfrastruktur.

Forderungen an die Kommunen

- **Beschleunigte Genehmigungen** für erneuerbare Energien, Netzanschlüsse und Umspannwerke; Ermöglichung pragmatischer Lösungen speziell für Gewerbegebiete und Arealnetze.
- **Kommunale Unterstützung von Wärme-, Wasserstoff- und Industrie-Transformationsprojekten** nach dem Vorbild vom EnergyHub Wilhelmshaven.
- **Technologieoffenheit statt Verbotspolitik**, insbesondere bei Übergangstechnologien und industriellen Transformationspfaden.
- **Früher Dialog mit Unternehmen**, um Transformation realistisch, investitionsfähig und sozial tragfähig zu gestalten.

Praxisbezug Niedersachen/Region

Wilhelmshaven steht für eine pragmatische Transformationspolitik: LNG wurde als Brücke geschaffen, während parallel Wasserstoff- und Derivateinfrastruktur vorbereitet werden. Projekte wie **DRI@Coast,** Wasserstoffspeicher oder die Weiterentwicklung der Hafeninfrastruktur zeigen, wie kommunale, regionale und industrielle Interessen erfolgreich zusammengebracht werden können, wenn Prozesse schnell und zielorientiert sind.

Kernbotschaft

Klimaschutz gelingt nur, wenn Kommunen Transformation **möglich machen**, nicht administrativ blockieren.

8.) Starke Wirtschaftsförderung vor Ort

Ausgangslage

Wirtschaftsförderung darf nicht nur verwalten, sondern muss proaktiv entwickeln. Unternehmen erwarten feste Ansprechpartner, Unterstützung bei Fördermitteln, Ansiedlungsmanagement und einen regelmäßigen Austausch mit Politik und Verwaltung.

Forderungen an die Kommunen

- **Proaktive Bestandsentwicklung**: Bestehende Unternehmen müssen genauso intensiv betreut werden wie Neuansiedlungen inkl. Beratung bei privaten Belangen (z.B. Wohnraumsuche).
- **Feste Ansprechpartner mit Entscheidungskompetenz** für Investitionsvorhaben.
- **Proaktiver Unternehmensdialog** mit Verwaltungsspitze, Politik, Kammern und Wirtschaftsförderung mit klarer Verbindlichkeit im Nachhalten.
- **Fördermittel- und Innovationsberatung**, insbesondere für Mittelstand, Gründungen und Transformationsprojekte inkl. Einführung einer interkommunalen Best-Practice-Börse, damit Unternehmen voneinander lernen und profitieren.

Praxisbezug Niedersachen/Region

Oldenburg beschreibt seine Wirtschaftsförderung ausdrücklich als **Dienstleister, Impulsgeber und Lotse** für ansässige Unternehmen, Start-ups und ansiedlungsinteressierte Firmen. Wilhelmshaven begleitet Unternehmen kostenfrei bei Standort- und Projektfragen und verknüpft Wirtschaftsförderung mit Ansiedlungsmanagement, Transformation und Netzwerkarbeit. Genau diese Haltung muss zum Standard werden und auch in der Praxis gelebt werden.

Kernbotschaft

Eine gute Wirtschaftsförderung wartet nicht auf Anfragen – sie **geht auf Unternehmen zu.**

9.) Bürokratie abbauen, Pragmatismus stärken

Ausgangslage

Nicht jede Belastung kommt aus Berlin oder Hannover. Auch kommunale Satzungen, Formulare, Nachweis- und Dokumentationspflichten erzeugen Aufwand. Der Wirtschaftsrat der CDU – Sektion Oldenburg/Wilhelmshaven fordert daher systematischen Bürokratieabbau, digitale Prozesse und Praxischecks mit Unternehmen.

Forderungen an die Kommunen

- **Regelmäßige Praxischecks kommunaler Vorschriften** gemeinsam mit Unternehmen; bei Einführung neuer Vorschriften soll geprüft werden, welche mindestens zwei anderen Vorschriften hierdurch entfallen sollen.
- **Abbau unnötiger Dokumentations- und Nachweispflichten** bei lokalen Verfahren; zügige Umsetzung der vom Bund ermöglichten Spielräume der „Beweislastumkehr bei Dokumentationen".
- **Einheitliche Standards und klare Zuständigkeiten** statt wechselnder Anforderungen je Sachbearbeitung.
- **Leitbild „Ermöglichen statt Verhindern"** als verbindliche Verwaltungskultur; hier fordert der Wirtschaftsrat eine zügige Implementierung dieses Leitbilds für jede Kommune.

Praxisbezug Niedersachen/Region

Der „Giga-Pakt für Niedersachsen" zeigt, dass Verfahren tatsächlich schneller und unbürokratischer werden können, wenn Land, Kommunen und Wirtschaft pragmatisch zusammenarbeiten – etwa durch vereinfachte Antragswege, bessere Koordination und standardisierte Prozesse. Dieses Denken muss auf weitere wirtschaftsrelevante Bereiche übertragen werden.

Kernbotschaft

Bürokratieabbau ist kein Schlagwort, sondern ein positiver, **messbarer Standortfaktor.**

Schlussfolgerung: Was Kommunen und Unternehmen gemeinsam voranbringt

Die Unternehmen in Niedersachsen erwarten von ihren Kommunen vor allem fünf Dinge:

1) **Tempo** bei Genehmigungen, Planung und Digitalisierung.
2) **Verlässlichkeit** bei Flächen, Infrastruktur und Entscheidungen.
3) **Pragmatismus** statt zusätzlicher Hürden.
4) **Partnerschaft** zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft.
5) **Mut zur Zukunft** – insbesondere bei Energie, Fachkräften und Innovation.

Gerade die Region Oldenburg/Wilhelmshaven hat das Potenzial, **das** niedersächsische Vorbild für wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik zu sein: mit digitaler Verwaltung, aktiver Flächenpolitik, starker Infrastruktur, praxisnaher Transformation und einer Wirtschaftsförderung, die Unternehmen nicht nur begleitet, sondern **bewusst zum Wachstum einlädt**.

Die Kommunalpolitik entscheidet mit über die Zukunft unserer lokalen Wirtschaft. Wer Wachstum, Arbeitsplätze und Lebensqualität sichern will, muss Unternehmen vor Ort stärken – durch Tempo, Verlässlichkeit und Pragmatismus.